

Antrag

Therése Altenburg, Jule Kratzat, Sanko Ogon, Mayang Toda, Mario Grabosch, Alvin Laurentius, Magdalena Skretzka, Friederike Uhlandt, Arne Berg, Thomas Rösner, Judith Hering, Margarete Lorenz, Friedrich Kühn, Paul Kirschstein, Benjamin Schweitzer, Matthias Friedrich, Anja Hornig, Basti Menge, Pia Rohrhofer, Linn Schümann, Dominik Böhnen, Mario Polzin, Charlotte Wenke, Mareen Patzelt, Max Liebmann, Ann-Kathrin Will, Annelie Werner, Kenneth Matys, Maria Marwan, Dietrich Wenzel, Dinah Hamm, Alexandra Karnatz

Sophie Helmert, A. Lilli Aerts, Josephin Thieleke, Timo Neder, Hannes Nehls, Mona Hübner, Erik von Malotki, Milos Rodatos, Benjamin Schwarz, Lisi Salzbrunn, Martin Grimm, Marco Wagner, Franziska Herold, Marianne Lotz, Marius Flemming, Katharina Fomiczenko, Tina Huynh-Le, Jannik Zoubek, Lukas Stepczynski, Konstantin Knabe, Max Hetmanek, Karoline Litau, Malte Zimmermann, Alina Kunze, Nicolas Frenzel, Constanze Budde, Carola Leyendecker, Florian Müller, Felix Krueger, Alexandra Schäfer, Lasse Eickemeyer, Eva Göckeritz, Moritz Peters, Christa Holz, Markus Teschner, Jonathan Studebaker, Jacob Schmidt, Franziska Lampa, Nadja Tschorn, Anna-Lena Schreiber, Anna-Lena Wojtech, Stefan Lukas, Juliane Harning, Jonathan Dehn, Florian Mehlis, Jan Krause, Johanna Krüger, Stella Capretto, Isabell Jank, Kathrin Haase

Für ein gutes Studium – Keine Zwangsvakanzen an der Universität Greifswald!

Die Vollversammlung möge beschließen:

1. Die Studierendenschaft Greifswald lehnt Zwangsvakanzen jeglicher Art innerhalb der Universität Greifswald ab.
2. Die Studierendenschaft Greifswald bekennt sich langfristig zur Unterbindung von Zwangsvakanzen innerhalb der Universität Greifswald durch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln aus der Wohnsitzprämie (Anteil Studierendenschaft). Zur Unterbindung der geplanten Zwangsvakanzen innerhalb der Philosophischen Fakultät bekennt sich die Studierendenschaft zur Finanzierung einer Mitarbeiterstelle (E13) gemeinsam mit der Hochschulleitung.
3. Die Studierendenschaft fordert die Hochschulleitung auf, die zur Verfügung stehenden Mittel aus der Wohnsitzprämie (Anteil Rektorat) langfristig zur Unterbindung von Zwangsvakanzen zu nutzen und sich an der gemeinsamen Finanzierung zur Unterbindung der geplanten Zwangsvakanzen innerhalb der Philosophischen Fakultät zu beteiligen.

Begründung

Zwangsvakanzen sind ein harter Einschnitt in die Qualität von Studium und Lehre. Für eine festgelegte Dauer wird jede Stelle innerhalb einer Einrichtung vakant gehalten, ungeachtet davon, welche Aufgaben Sie erfüllen soll. Konkret bedeutet dies, dass Mitarbeiterstellen nicht verlängert werden, Sekretariatsstellen in Instituten unbesetzt bleiben oder eben auch eine Professur nicht sofort neu besetzt wird.

Aufgrund des Stellenabbaus durch das Landespersonalkonzept 2010 der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern ist die Universität Greifswald zum Stellenabbau verpflichtet.

Besonders die Philosophische Fakultät musste im Zuge des Landespersonalkonzepts Stellenabbau vornehmen. Die jüngste Diskussion zum noch offenen Stellenabbau wird seit knapp 2 Jahren in der Philosophischen Fakultät geführt, bis sich der Fakultätsrat zum Beschluss eines vorgelegten Sparkonzepts durchringen konnte. Teil des Sparkonzepts war neben den Kürzungen im Institut für Slawistik und Baltistik auch die Anordnung von Zwangsvakanzen innerhalb der Fakultät für jeweils 6 Monate. Das bedeutet, dass ab dem Haushaltsjahr 2016 jede freiwerdende Stelle für 6 Monate nicht neu besetzt wird. Dabei wird kein Unterschied zwischen Professur, Sekretariatsstelle oder Mittelbau gemacht. Damit stehen die einzelnen Institute innerhalb der Philosophischen Fakultät vor einem immensen Problem, da die Einrichtungen bereits jetzt personell auf Kante genäht sind und Zwangsvakanzen nicht nur herbe Einschnitte für die Qualität der Lehre bedeuten sondern eben auch für die Planung der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter drastische Folgen hat.

Der Antrag soll untermauern, dass die Studierendenschaft Greifswald Zwangsvakanzen in jeglicher Art und Weise ablehnt. Darüber hinaus soll sich die Studierendenschaft dazu bekennen, Zwangsvakanzen durch den Einsatz von Wohnsitzprämienmitteln zu unterbinden. Im Fall der Philosophischen Fakultät geht es langfristig um finanzielle Mittel äquivalent zu einer Vollzeit-E13-Stelle (rund 70.000 EUR). Diese Summe soll allerdings nicht durch die Studierendenschaft alleine aufgebracht werden. Viel mehr sollen sich alle Akteure, also auch die Hochschulleitung, dafür einsetzen, dass es an der Universität Greifswald keine Zwangsvakanzen gibt.

Das Rektorat hat in der letzten Ausschüttung der Wohnsitzprämie 112.200,00 Euro erhalten. Dieses Geld wird auch in der Zukunft fließen und wird durch die gemeinsamen Anstrengungen für die Ummeldekampagne zur Wohnsitzprämie deutlich aufgestockt. Damit ist die Hochschulleitung also in der Lage, Zwangsvakanzen an der Universität Greifswald zu unterbinden. Sie muss es nun auch noch wollen.

Die Studierendenschaft erhielt in der letzten Ausschüttung der Wohnsitzprämie 74.800,00 Euro.